
FDP Taunusstein Kommunalpolitik

PM – ORDNUNGSPOLIZISTEN ODER SOZIALARBEITER?

01.06.2020

Die Fraktion und der Vorstand der FDP Taunusstein ist wieder einmal darüber verwundert, dass dem Bürger vermittelt wird, dass aufgrund der Magistrats-entscheidung 2 Stadtpolizisten zusätzlich eingestellt werden. Dies kann, wenn überhaupt, erst nach dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung am 13.6. geschehen.

Nach reiflicher Überlegung berichtet Gerhard Kacmaczyk, als Mitglied des Ausschusses für Soziales Kultur und Sport, ist die FDP der Ansicht, man sollte statt 2 nur einen Ordnungspolizisten und zusätzlich einen Sozialarbeiter für die offene Jugendarbeit einstellen. Es ist nicht damit getan, die zumeist Jugendlichen von Brennpunktstellen zu vertreiben. Wir brauchen Sozialarbeiter als Streetworker, die auf die Bedürfnisse der Jugendlichen eingehen und nach Lösungen, zusammen mit den Jugendlichen, suchen, stellt der FDP-Vorsitzende Stefan Bergmann fest. Neben Ideen für eine sinnvolle Freizeitgestaltung muss auch die berufliche Perspektive ein Beratungsschwerpunkt sein. Ziel sollte es sein, dass mehr Jugendliche die Leistungen des mit viel Geld errichteten Jugendzentrums Koop nutzen und dort auf diese Jugendlichen eingegangen wird.

Wenn jedoch die Ordnungsbeamten trotzdem eingestellt werden, wird die FDP-Fraktion beantragen, befristete Verträge ab zu schließen, um flexibel auf Veränderungen reagieren zu können, bemerkt der Fraktionsvorsitzende Scheu. Er verweist außerdem auf die Initiative zur Unterstützung von coronabelasteten Familien. Die AWO hat den jährlich für bis zu 650 Kindern stattfindenden Ferienspaß abgesagt. Ebenfalls haben die Feuerwehren die Freizeiten gestrichen. Dies sind traurige Nachrichten für sehr viele stark belastete Familien.

Die Stadt Taunusstein sollte versuchen, im Gespräch mit der AWO, den Feuerwehren, der Diakonie und dem ASB, die ebenfalls Ferienfreizeiten veranstaltet haben, zu

erreichen, zumindest einen verkleinerten Ferienspaß anzubieten. Hier sollten bevorzugt Kinder und Jugendliche betreut werden, die aufgrund der familiären Verhältnisse vermutlich Bildungsdefizite aufgrund der coronabedingten Auszeit von der Schule, haben. Zusammen mit engagierten Lehrern könnte während der Ferienspaßzeit Unterricht erteilt werden, um die Schuldefizite auszugleichen, bemerkt die stellvertretende Vorsitzende Juliane Bremerich. Diese Maßnahme würde auch den Schülern helfen, die in dieser Zeit durch ihre Eltern gefördert wurden, da sie nicht darauf warten müssten, bis die benachteiligten Schüler den Stoff aufgeholt haben.